

9. September 2019 | Nr.

Kern und Hoher: Die Bekämpfung des Unterrichtsausfalls erfordert vorausschauendes Handeln über Legislaturperioden hinaus

Zur Warnung des Berufsschullehrerverbands, der Lehrermangel an den Beruflichen Schulen könnte zukünftig ähnliche Ausmaße annehmen wie derzeit schon an den Grundschulen, sagten der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, **Dr. Timm Kern**, und der Sprecher für berufliche Bildung, **Klaus Hoher**:

Kern: „Neben der Warnung des Berufsschullehrerverbands vor einem erheblichen Lehrermangel an den Beruflichen Schulen beunruhigt vor allem die Unfähigkeit der Kultusministerin und ihrer grün-schwarzen Koalition zu mutigen Entscheidungen. Auch nach fast dreieinhalb Jahren Amtszeit hat die Koalition kaum einen der Vorschläge des Verbands umgesetzt. Hierzu zählt insbesondere eine Vertretungsreserve für jede einzelne Schule. Ein Budget nach dem Modell 100 Prozent plus X würde den Schulen auch zusätzliche Möglichkeiten der eigenständigen Personalrekrutierung eröffnen. Es ist eigentlich eine Binsenweisheit, die aber offensichtlich nicht in die Logik der grün-schwarzen Komplementärkoalition passt: Unterrichtsausfall wirksam zu bekämpfen, erfordert sowohl Akutmaßnahmen als auch längerfristiges vorausschauendes Handeln über Landtagswahlen und Legislaturperioden hinaus.“

Hoher: „Vor allem auch durch die Digitalisierung sehen sich die Fachkräfte in zahlreichen Bereichen mit steigenden Anforderungen konfrontiert. Und um den Fachkräftenachwuchs hierauf bestmöglich vorzubereiten, brauchen wir hoch qualifizierte und in ihren Fachgebieten spezialisierte Lehrkräfte an den Beruflichen Schulen. Wenn wir diese Lehrkräfte in ausreichender Zahl gewinnen wollen, müssen wir ihnen etwas bieten. Deshalb tritt die FDP/DVP Fraktion dafür ein, dass die Schulen im Personalbereich deutlich mehr zu entscheiden haben als bisher. Wenn sie ihr Personal weitgehend selbst auswählen und Personalentwicklung betreiben könnten, könnten sie ihren Bewerbern attraktive Angebote unterbreiten. Und das wäre gerade auch für die Schulstandorte in ländlicheren Gebieten eine echte Rückendeckung.“